Die deutsche Geschichte in den Jahren 1945 bis 1960

Christian Leber

23.11.1999

Inhaltsverzeichnis

1 Das Ende des Zweiten Weltkrieges **3**
1.1 Der Tod Hitlers . . . 3
1.2 Dönitz bereitet Kapitulation vor . . . 3
1.3 Die bedingungslose Kapitulation . . . 3

2 Die Besatzungszeit **4**
2.1 Zerstörungen und Besatzungszonen . . . 4
2.2 Potsdamer Abkommen und Alliierter Kontrollrat . . . 4
2.3 Demontagen . . . 5
2.4 Nürnberger Prozesse . . . 5
2.4.1 Nürnberger Nachfolgeprozesse . . . 6
2.5 Die Bildung eines Weststaates . . . 6
2.5.1 Die Berlinblockade . . . 7

3 Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland **7**
3.1 Wegpunkte zur Demokratie . . . 7
3.2 Der Entwurf des Grundgesetzes . . . 7
3.3 Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland . . . 8
3.4 Die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland . . . 8

4 Das Wirtschaftswunder **9**
4.1 Die Währungsreform 1948 . . . 9
4.2 Marshallplan . . . 10

5 Wichtige Punkte in der Politik der 50er **11**

A Quellenliste **12**

1 Das Ende des Zweiten Weltkrieges

Es ist 1945, die deutschen Truppen wurden immer weiter von den Alliierten zurueckgedrängt, der Krieg ist verloren. Im April 1945 stehen die sowjetischen Truppen vor Berlin.

1.1 Der Tod Hitlers

Am 30.4.1999 starb Hitler unter nicht ganz klaren Umständen durch einen Kopfschuss, zuvor erklärte Dönitz zu seinem Nachfolger.

1.2 Dönitz bereitet Kapitulation vor

Obwohl die deutsche Niederlage unabwendbar war, spielte Hitlers Nachfolger Großadmiral Dönitz noch auf Zeit. Scheinbar wollte er im Osten weiterkämpfen, um möglichst viele Deutsche vor der „Bolschewisierung“ zu retten, was auch immer so eine Person darunter verstand.

Dönitz bot den Westmächten daher eine Teilkapitulationen an. Der britische Feldmarschall Montgomery ließ sich auf Dönitz' Taktik ein und akzeptierte am 4. Mai 1945 eine Gebietskapitulation der deutschen Truppen in Holland, Dänemark und Nordwestdeutschland, während die Kämpfe im Osten weitergingen. Dönitz erteilte seinen U-Boot-Kommandanten den Befehl, ihre Boote auszuliefern.

Weniger erfolgreich verliefen die Bemühungen von Dönitz' Unterhändler Jodl, in Reims, General Eisenhowers Hauptquartier, einen örtlichen Waffenstillstand mit den US-Streitkräften in Deutschland auszuhandeln. Eisenhower bestand auf einer bedingungslosen Kapitulation an allen Fronten. Nach Rücksprache mit Dönitz mußte Jodl akzeptieren.

1.3 Die bedingungslose Kapitulation

Am 7.5.1999 unterzeichnete Generaloberst Alfred Jodl, Chef des Wehrmachtsführungsstabes, „Im Namen des Deutschen Oberkommandos“ im Hauptquartier der alliierten Streitkräfte das Kapitulationsdokument der bedingungslosen Kapitulation.

Als Bevollmächtigter von Großadmiral Dönitz erklärte er die Kapitulation „aller Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft, welche sich zu diesem Zeitpunkt unter deutscher Kontrolle befanden“.

Die Kapitulation wurde gegenüber dem Obersten Befehlshaber der alliierten Expeditionsstreitkräfte, General Eisenhower, sowie Vertretern des Oberkommandos der Sowjettruppen unterzeichnet. Da der Oberbefehlshaber der Sowjets, Marschall Schukow, nicht anwesend war, wurde die Kapitulation gegenüber den Sowjettruppen zwei Tage später im russischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst wiederholt. Am 8. Mai 23.01 Uhr MEZ trat die Kapitulation in Kraft.

2 Die Besatzungszeit

2.1 Zerstörungen und Besatzungszonen

In Deutschland ist in weiten Teilen sehr viel zerstoert, die Bilder der zerstoerten Staedte sind aus den Medien bekannt. (Außer zB. Heidelberg wegen einem Abkommen mit England, die Nazis haben dafür eine Stadt in England nicht bombardiert.)

2.2 Potsdamer Abkommen und Alliierter Kontrollrat

Das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 regelt Grundzüge für eine gemeinsame Nachkriegspolitik der drei Kriegsalliierten. Obwohl die „großen Drei“ bei Abschluß des Abkommens noch eine gemeinsame Zukunft und übereinstimmende Interessen bezeugten, zeigten sich doch bereits erhebliche Differenzen, deren Klärung die Konferenz vertagt hatte.

Einigen konnten sich die drei Siegermächte auf die vordergründigen Aufgaben der Militärregierungen, die „von jedem der Militärgouverneure in seiner Besatzungszone“ wahrgenommen werden sollten.

Einigen konnten sie sich auch auf Grundzüge der gemeinsamen Deutschlandpolitik: Worte wie Demilitarisierung, Entnazifizierung, Verurteilung der Hauptkriegsverbrecher, Dezentralisierung der politischen Macht und Entflechtung der Großkonzerne umrissen schlagwortartig die gemeinsamen Ziele. Die inhaltliche Klärung dieser Begriffe stellte allerdings noch ein Problem da.

Der „Alliierten Kontrollrat“ sollte als neues Organ Fragen, die „Deutschland als Ganzes“ betrafen, konkret klären. Dieser Alliierte Kontrollrat trat am 30. August 1945 in dem Gebäude des ehemaligen Berliner Kammergerichts zum erstenmal zusammen. Zunächst hatte er sich mit der Aufhebung nationalsozialistischer Gesetze und Verordnungen, mit der Entnazifizierung, der Entmilitarisierung und der Demontage von Industrieanlagen in Deutschland zu befassen.

Die Einrichtung zentraler deutscher Verwaltungen, die in Potsdam vereinbart worden war, scheiterte lange am Einspruch Frankreichs. Das ständig zunehmende Mißtrauen zwischen den westlichen Siegermächten und der Sowjetunion, das mehr und mehr in den Zustand des Kalten Krieges überging, die Sonderwünsche der französischen Besatzungsmacht sowie die unterschiedliche Entwicklung in den Besatzungszonen lähmten zusehends die Arbeit des Kontrollrates. Als sich die drei westlichen Militärgouverneure in der Kontrollratssitzung vom 20. März 1948 weigerten, dem sowjetischen Vertreter über die Londoner Sechsmächtekonferenz zu berichten, verließ die sowjetische Seite unter Protest den Sitzungssaal endgültig, womit die Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates endete.

2.3 Demontagen

Frankreich und die Sowjetunion, beides Länder deren Wirtschaft durch die deutsche Besatzung während des Krieges schwer in Mitleidenschaft gezogen worden war, begannen mit ihren z. T. recht planlosen Demontagen unmittelbar nach Kriegsende, wobei die Sowjetunion alle in den West-Berliner Bezirken liegenden größeren Fabriken demontierte, bevor die Truppen der westlichen Siegermächte die ihnen zugewiesenen Sektoren Berlins besetzten.

Im Verlauf der Entwicklung der deutschen Nachkriegswirtschaft hat das Problem der Demontage industrieller Produktionsstätten durch die Alliierten das Verhältnis zwischen Deutschen und Besatzungsmächten wie kein anderes belastet. Die Demontage betraf vor allem - aber nicht ausschließlich - die deutsche Rüstungsindustrie, die vollständig vernichtet werden sollte.

Mit dem Wiederaufbau demontierter Anlagen in den Siegerstaaten lieferte Deutschland einen Teil der Reparationsleistungen, zu denen es durch die Potsdamer Verträge verpflichtet worden war.

Entscheidungen über Demontagen, Reparationen und das deutsche Industrieniveau hingen unmittelbar zusammen. Der erste Industrieplan vom März 1946, der die Demontage von 1.800 Industrieanlagen, davon 1.336 in der britischen und amerikanischen Zone, verfügte, war noch stark vom Bestrafungsgedanken geprägt.

1946 setzte aber bei Amerikanern und Engländern ein Prozeß des Umdenkens ein, man erkannte, daß Deutschland ohne entschiedenere Hilfe und größeren Produktionsspielraum für die Industrie lange Zeit von den Siegermächte „getragen“ werden müßte. Der geänderte Plan für das deutsche Industrieniveau in der britischen und amerikanischen Besatzungszone vom Oktober 1947 trug dieser Grundidee Rechnung. Er veringerte die Zahl der zu demontierenden Betriebe von 1.336 auf 682 und verbot die Demontage einzelner Maschinen oder Maschinenteile völlig.

2.4 Nürnberger Prozesse

Nach der Kapitulation Deutschlands einigten sich die vier Alliierten - USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich - am 8.August 1945 im Londoner Abkommen auf die juristischen und organisatorischen Grundlagen und schufen den Internationalen Militärgerichtshof zur Durchführung der Prozesse.

Mit der gerichtlichen Strafverfolgung der NS-Verbrechen wollte man nicht nur die Täter zur Rechenschaft ziehen, sondern auch neue Maßstäbe setzen für das Zusammenleben der Völker; man wollte verhindern, dass sich Ähnliches je wiederholen könnte.

Am 18.Oktober 1945 wurde in Berlin vor dem Internationalen Militärgerichsthof Anklage gegen 24 Hauptkriegsverbrecher - Personen, die im nationalsozialistischen Deutschland in führenden Positionen in Staat, Partei, Wehrmacht und Wirtschaft tätig gewesen waren - sowie sechs nationalsozia-

listische Organisationen erhoben. Am 20.November 1945 begann im Nürnberger Justizpalast der Prozess.

Der Prozess dauerte nahezu ein Jahr, am 30.September und am 1.Oktober 1946 verkündete das Gericht die Urteile. Es ergingen zwölf Todesurteile (gegen Bormann in Abwesenheit, Frank, Frick, Göring, Jodl, Kaltenbrunner, Keitel, von Ribbentrop, Rosenberg, Sauckel, Seyß-Inquart und Streicher), die am 16.Oktober 1946 vollstreckt wurden (Göring hatte sich der Hinrichtung durch Selbstmord entzogen)

Drei Angeklagte erhielten lebenslängliche Freiheitsstrafen (Funk, Heß, Raeder), vier wurden zu Haftstrafen von unterschiedlicher Dauer verurteilt (Dönitz, von Neurath, von Schirach, Speer), drei wurden freigesprochen (Fritzsche, von Papen, Schacht).

Die Gestapo, die SS einschließlich Sicherheitsdienst und die politische Leitung der NSDAP wurden zu verbrecherischen Organisationen erklärt.

Keine verbrecherischen Organisationen waren laut dem Nürnberger Urteil die SA, die Reichsregierung sowie Oberkommando und Generalstab der Wehrmacht.

2.4.1 Nürnberger Nachfolgeprozesse

In zwölf weiteren Verfahren gegen 177 Personen, die nun nicht mehr vor dem Internationalen Militärgerichtshof, sondern vor amerikanischen Militärgerichten stattfanden, wurde zwischen 1946 und 1949 jeweils ein bestimmter Einzelkomplex nationalsozialistischer Verbrechen verhandelt. So mussten sich u. a. Ärzte, Juristen, Militärs und Wirtschaftskreise vor Gericht verantworten. Die Militärgerichte verhängten dabei insgesamt 24 Todesurteile, von denen die Hälfte vollstreckt wurde, sprachen 35 Angeklagte frei und verurteilten die übrigen Angeklagten zu Haftstrafen, die ab 1956 aufgehoben wurden.

2.5 Die Bildung eines Weststaates

Der Ost-West-Konflikts auf der letzten Viermächtekonferenz der Außenminister in London (25. November bis 12. Dezember 1947) veranlasste die USA, gegen die Interessen der Sowjetunion für Deutschland eine Weststaatslösung durchzusetzen.

Die einzelnen Schritte auf dem Weg zur Errichtung des Weststaates waren:

- Die Festlegung einer gemeinsamen Deutschlandpolitik zusammen mit Frankreich, England und den Benelux-Staaten auf der Londoner Sechsmächtekonferenz (23. Februar bis 2. Juni 1948)
- Die Zustimmung Frankreichs zum Anschluss seiner Zone an die Bizone.

- Die Durchführung einer Währungsreform (21. Juni 1948) als Voraussetzung für die Wiederankurbelung der westdeutschen Wirtschaft und für ein Wirksamwerden des Marshallplans.
- Die westdeutschen Länderchefs, sollten einen deutschen Weststaat bilden.

2.5.1 Die Berlinblockade

Der Versuch Stalins, mit der Berliner Blockade, d. h. der Sperrung aller Land- und Wasserverbindungen von und nach Westberlin ab dem 24. Juni 1948, und mit dem Befehl der SMAD zur Durchführung einer eigenen Währungsreform (24.-28. Juni 1948) in der Sowjetzone und in ganz Berlin, die Westmächte an einer empfindlichen Stelle zu treffen und sie von der Weststaatsgründung abzubringen, scheiterte. Mit Hilfe einer Luftbrücke gelang es den Amerikanern, die ab dem 25. Juni 1948 auch Westberlin in die Währungsreform einbezogen, die Bevölkerung zu versorgen und eine katastrophale Zuspitzung der Situation im Winter 1948/49 zu verhindern.

3 Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland

3.1 Wegpunkte zur Demokratie

- **27. August 1945**
  In den Westzonen beginnt die Wiederzulassung demokratischer Parteien.
- **9. Mai 1946**
  Die SPD in den Westzonen wählt Kurt Schuhmacher zum Vorsitzenden.
- **3. Februar 1947**
  Die CDU beschließt ihr „Ahlener Programm“ für soziale Wirtschaftspolitik mit Verstaatlichung.
- **10. bis 23. August 1948**
  Auf Schloß Herrenchiemsee wird ein Entwurf des Grundgesetzes ausgearbeitet (Verfassungskonvent).

3.2 Der Entwurf des Grundgesetzes

Am 1. September 1948 trat der Parlamentarische Rat in Bonn zusammen.

Die Länderparlamente hatten auf je 750 000 Einwohner einen Abgeordneten gewählt - insgesamt 65 (je 27 Abgeordnete der CDU/CSU und der

SPD, fünf der FDP, und je zwei der DP, des Zentrums und der KPD). Hinzu kamen mit lediglich beratendem Status fünf Abgeordnete aus Westberlin. Zum Präsidenten wurde Konrad Adenauer gewählt und zum Vorsitzenden des Hauptausschusses, in dem mit Hilfe einer Reihe von Unterausschüssen die Arbeit am Verfassungstext geleistet wurde, Carlo Schmid.

In den Beratungen über das Grundgesetz einigten sich die maßgeblichen politischen Kräfte Westdeutschlands (CDU/CSU, SPD, FDP) auf eine bundesstaatliche Lösung. Den Erfahrungen aus der Weimarer Republik und aus der Zeit des Nationalsozialismus wurde für das neue Staatswesen Rechnung getragen, indem die in der Substanz unabdingbaren Grundrechte als unmittelbar geltendes Recht allen Einzelbestimmungen der Staatsordnung vorangestellt wurden. Das Prinzip der repräsentativen parlamentarischen Demokratie schloss fast alle Elemente der direkten Demokratie aus und verlieh dem Regierungschef (Bundeskanzler) eine starke Stellung, indem es seinen Sturz an ein konstruktives (zugleich einen neuen Kanzler bestimmendes) Mißtrauensvotum band. Die Beschränkung der Aufgaben des Staatsoberhauptes (siehe Bundespräsident) auf im Wesentlichen repräsentative Funktionen und die Betonung des föderativen Charakters der „Bundesrepublik Deutschland“ waren weitere Charakteristika dieser „provisorischen Verfassung“, des Grundgesetzes/indexGrundgesetz.

Am 12. Mai 1949 beendeten die Sowjets die Berlin-Blockade, am selben Tag genehmigten die Westmaechte das Grundgesetz.

3.3 Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

Dieses Grundgesetz schuf am 23.05.1999 die Bundesrepublik Deutschland. In einem feierlichen Akt unterzeichneten die Ministerpräsidenten der Länder und die Landtagspräsidenten vor dem Plenum des Parlamentarischen Rates das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Mit Ablauf des Tages trat es in Kraft. Nach der Unterzeichnung, die von den beiden kommunistischen Abgeordneten Heinz Renner und Max Reimann verweigert wurde, fand die offizielle Verkündung durch den Präsidenten des Parlamentarischen Rates, Konrad Adenauer, statt. In seiner Festansprache betonte er den Beginn eines neuen Abschnittes in der Geschichte des Deutschen Volkes. Zehn der elf deutschen Landtage hatten mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit dem Entwurf zugestimmt. Allein der bayerische Landtag hatte ablehnend entschieden.

3.4 Die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland

Die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland fand nach den ersten Wahlen zum Deutschen Bundestag am 14. August 1949 statt.

Angesichts des Wahlergebnisses - bei einer Wahlbeteiligung von 78,5 Prozent erreichte die CDU/CSU 31 Prozent, die SPD 29,2, die FDP 11,9 und

die KPD 5,7 Prozent - hatten sich Vertreter der beiden großen Parteien CDU und SPD im Interesse der gemeinsamen Bewältigung der nach wie vor immensen Probleme in Deutschland für eine große Koalition eingesetzt.

Sie, so meinte man, entspräche auch dem Willen der Wähler und den Präferenzen des Auslandes am ehesten. Tief greifende Meinungsverschiedenheiten in der Frage der wirtschaftlichen Neuordnung(die SPD wollte eine Planwirtschaft) sowie die eindeutige Absage der beiden Vorsitzenden Adenauer und Schumacher verhinderten jedoch die Bildung einer großen Koalition.

Entsprechend der Entscheidung der Unionsparteien als der stärksten Kraft wurde Konrad Adenauer schließlich Kanzler einer kleinen Koalition aus CDU/CSU, FDP und DP. Seinem Kabinett gehörten an: Vizekanzler und Angelegenheiten des Marshallplanes: Franz Blücher (FDP); Inneres: Gustav Heinemann (CDU); Justiz: Thomas Dehler (FDP); Finanzen: Fritz Schäffer (CSU); Wirtschaft: Ludwig Erhard (CDU); Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Wilhelm Niklas (CSU); Arbeit: Anton Storch (CDU); Verkehr: Hans Christoph Seebohm (DP); Post: Hans Schuberth (CSU); Wohnungsbau: Eberhard Wildermuth (FDP); Angelegenheiten der Vertriebenen: Hans Lukaschek (CDU); Gesamtdeutsche Fragen: Jakob Kaiser (CDU); Angelegenheiten des Bundesrates (Koordinierungsminister): Heinrich Hellwege (DP). Bundespräsident wurde Theodor Heuss (FDP).

Die vorläufige Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland wurde Bonn und blieb es, bis Berlin erneut zur Hauptstadt erklärt wurde.

4 Das Wirtschaftswunder

Das Wirtschaftswunder begann mit der raschen wirtschaftlichen Erholung und dem anhaltenden Wirtschaftswachstum in Westdeutschland nach der Währungsreform 1948. 1952 hatte die Bundesrepublik Deutschland bereits wieder ein Produktionsniveau erreicht, das mit dem Vorkriegsstand vergleichbar war, und zwischen 1953 und 1960 stieg das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik um 61 Prozent. Neben der Währungsreform bildeten vor allem der rasche Wiederaufbau der Städte und der Industrie sowie günstige Exportbedingungen wichtige Voraussetzungen für das Wirtschaftswunder. Ein entscheidender war sicher auch der Aufbauwille der Bevölkerung.

Außerdem profitierte die Bundesrepublik wie andere Staaten auch von der im Rahmen des Marshallplanes geleisteten Wirtschaftshilfe der USA. Die Phase des Wirtschaftswunders ging bis in den späten fünfziger Jahren.

4.1 Die Währungsreform 1948

Nach dem 2. Weltkrieg ersetzten die westlichen Alliierten in ihren Besatzungszonen am 21. Juni 1948 die Reichsmark durch die Deutsche Mark (DM). Die Währungsreform wurde rückblickend oft als hart und ungerecht

aber letztendlich wirksam charakterisiert wobei mit Ungerecht das schlechte Abschneiden der Kleinsparer und das gute Abschneiden der Besitzer von Produktionsmitteln gemeint ist.

Jeder Westzonenbürger wurde mit 40 Mark, im August mit weiteren 20 Mark ausgestattet, die Umwertung von Spareinlagen und Guthaben erfolgte im Verhältnis 100 Reichsmark zu 6,50 DM. Gehälter und Zahlungen blieben im Verhältnis 1:1. Mit der einseitigen Währungsreform in Westdeutschland und Westberlin legten die Westmächte und der ihnen unterstellte Direktor des Amtes für Wirtschaft, Ludwig Erhard, den Grundstein für die wirtschaftliche Spaltung Deutschlands. Die endgültige politische Spaltung schloss sich unmittelbar an: Am 23. Juni begann die Sowjetunion mit der Berliner Blockade und führte in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) eine eigene Währungsreform durch (1 Reichsmark zu 1 DM der Deutschen Notenbank). Die Währungsreform in Westdeutschland war die Initialzündung für den wirtschaftlichen Aufschwung. Wie schon die Reform aus dem Jahr 1923 bevorzugte sie Besitzer von Sachwerten (Grundstücke, Immobilien und Fabrikanlagen).

Letztendlich profitierte die Bundesrepublik sehr stark, da auch der rießige „Schuldenberg“, den das „deutsche Reich“ hinterlassen hatte, quasi verschwand und die Bundesrepublik fast schuldenfrei starten konnte.

4.2 Marshallplan

Nach dem Krieg waren Landwirtschaft, Industrie und Rohstoffgewinnung in weiten Teilen Europas fast ganz zum Erliegen gekommen, und ein großer Teil der Bevölkerung war vom Hunger bedroht. Europa verfügte über keine Devisen mehr, mit denen im nichteuropäischen Ausland, vor allem in den USA, Rohstoffe, Werkzeuge und Maschinen zum Wiederaufbau der schwer angeschlagenen Wirtschaft und Nahrungsmittel für die Not leidende Bevölkerung hätten gekauft werden können.

Mit ihrem Hilfsprogramm verfolgten die USA vier Ziele: Erstens war Europa potentiell ein großer Absatzmarkt für amerikanische Waren. Durch den Wegfall der Kriegsgüterproduktion nach 1945 drohte der Wirtschaft in den USA ein massiver Einbruch, der sowohl durch Lieferungen und Leistungen im Rahmen eines Wiederaufbauprogramms als auch durch eine rasche wirtschaftliche Gesundung des Absatzmarktes Europa umgangen werden sollte. Zweitens bestand aus Sicht der USA die Gefahr, dass Westeuropa ohne amerikanische Hilfe in den Einflussbereich der Sowjetunion geraten könnte, was die USA als Bedrohung für die amerikanischen Sicherheitsinteressen betrachteten und durch den Marshallplan zu verhindern suchten. Drittens musste Deutschland, historisch der industrielle Mittelpunkt Europas, als Puffer gegen die sowjetische Expansionspolitik wieder aufgebaut werden und in ein gegen die Sowjetunion und ihren Einflussbereich geeintes Europa integriert werden. Und viertens mussten Hunger und Not überwunden werden, und

zwar nicht nur aus humanitären Gründen, sondern auch als Vorbedingung für die Verwirklichung der drei vorgenannten Ziele.

Am 5. Juni 1947 stellte Marshall in einer Rede das Europäische Wiederaufbauprogramm der Öffentlichkeit vor.

Laut dem Programm erklärten sich die USA bereit, die notwendige finanzielle und materielle Unterstützung zu leisten, sofern Europa ein gemeinsames, langfristiges Wiederaufbauprogramm erstelle. Großbritannien und Frankreich luden alle europäischen Staaten einschließlich der Sowjetunion zu einer Konferenz in Paris (Juli bis September 1947) ein. Die Sowjetunion lehnte die Teilnahme an dem Programm, das sie als „Instrument des Dollarimperialismus“ interpretierte, ab, und in ihrer Gefolgschaft zogen auch Polen und die Tschechoslowakei ihre bereits gegebenen Zusagen wieder zurück. Am 3. April 1948 verabschiedete der US-Kongress das Programm als Auslandshilfegesetz, und bis Mitte 1952 genehmigte er insgesamt über 13 Milliarden US-Dollar an Hilfe.

70 Prozent davon gaben die Europäer für den Kauf von Gütern in den USA aus. Die größten Beträge gingen an Großbritannien, Frankreich, Italien und Westdeutschland - in dieser Reihenfolge. Als im Rahmen des Kalten Krieges ab 1949 die Spannungen zwischen West und Ost immer stärker wurden, flossen mehr und mehr Mittel in Militärausgaben statt in den Aufbau der Wirtschaft. Das Programm erreichte sowohl seine kurzfristigen als auch seine langfristigen Ziele: Als die Hilfe 1952 endete, war die Gefahr einer Einflussnahme der UdSSR auf Westeuropa abgewendet, die Industrieproduktion lag 35 Prozent über dem Vorkriegsstand.

5 Wichtige Punkte in der Politik der 50er

- **9. Juli, 13. Juli, 24. Oktober 1951** Großbritannien, Frankreich und die USA beenden offiziell den Kriegszustand mit Deutschland.

- **7. Februar 1952**
  Strauß hielt seine beruehmte Wehrdebatten-Rede („So gern ich die beiden mitsammen sprechen sehe, so möchte ich doch Herrn Dr. Adenauer und Herrn Dr. Schuhmacher nicht gern hinter Stacheldraht im Ural sich darüber unterhalten sehen, was sie im Frühjahr 1952 hätten tun sollen.“)

- **10. März 1952**
  Auf ein Angebot von Stalin für ein gemeinsames Deutschland wird nichteinmal ansatzweise eingegangen.

- **Mai 1955**
  Die Bundesrepublik tritt der NATO bei.

- **8. September 1955**
  Adenauer reist zum Staatsbesuch nach Moskau und erwirkt die Heimkehr der letzten 9628 deutschen Kriegsgefangen. (Die Freilassung soll schon vor dem Besuch fuer die Sowjets festgestanden haben)

- **21. Juli 1956**
  Die allgemeine Wehrpflicht wird eingeführt.

- **15. September 1957**
  Die CDU gewinnt bei der Bundestagswahl die absolute Mehrheit mit 50,2%

A Quellenliste

- einige Spiegelausgaben (Nr. 45/1998, Nr. 20/1999, Nr. 37/1999)

- Microsoft Encarta 99

- Mehrere Referate von http:
  www.fundus.org (und zwar: brd02.htm, brd5001.htm, brdn4501.htm, nuernb01.htm, nachkr01.htm und 8mai4501.htm)

- Chronik des 20. Jahrhunderts

- Informationen von versch. TV-Dokumentationen

Index

Adenauer, 8
Alliierte, 3
Alliierter Kontrollrat, 4

Berlin, 9
Berlin-Karlshost, 3
Berlinblockade, 7
Bonn, 9
Bundeskanzler, 8
Bundespräsident, 8
Bundesrepublik Deutschland, 7, 8

CDU, 7, 8

Dönitz, 3
Demilitarisierung, 4
Demokratie, 8
Demontage, 5
Dollarimperialismus, 11
DP, 8

Eisenhower, 3
England, 4
Entnazifizierung, 4
Erhard, 9

FDP, 8

Gestapo, 6
Grundgesetz, 7, 8

Heidelberg, 4
Herrenchiemsee, 7
Hitler, 3

Jodl, 3

Kapitualtion, 3
Kapitulation, 3, 5
KDP, 9
konstruktives Mißtrauensvotum, 8
KPD, 8
Kriegsverbrecher, 4
Kriegszustand, 11

Luftbrücke, 7

Marshall, 11
Marshallplan, 9, 10
Montgomery, 3

Nachkriegspolitik, 4
NATO, 11
NSDAP, 6

Oberkommando, 6

Parlamentarischer Rat, 7
Potsdamer Abkommen, 4
provisorische Verfassung, 8

Reichsregierung, 6

SA, 6
Schmid, 8
Schuhmacher, 7
Schukow, 3
SPD, 7, 8
SS, 6
Stalin, 7
Strafverfolung, 5

Todesurteile, 6

Währungsreform, 7
Waehrungsreform, 9
Wehrmacht, 6
Wehrpflicht, 12
Westberlin, 7, 8
Wirtschaftswunder, 9